

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/101

Bonn, den 30. Mai 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Gewollte Rezession?</u> Schmäcker und Strauss schossen Eigentore	55
2 - 3	<u>Klare Fronten</u> Die Situation im Vorfeld der Bundestagswahl Von Harry Tallert, MdB	80
4 - 4a	<u>Wenn die CDU/CSU wirklich wollte...</u> War Kiesingers Rede vor dem Städtetag ein Abgesang für das Städtebaugesetz?	84
5 - 7	<u>Der Saan endgültig gebrochen</u> Offiziere als SPD-Bundestagskandidaten	138

Gewollte Rezession?

Schmücker und Strauß schossen Eigentore

sp - Auf dem Dortmunder Mittelstands-Kongreß der CDU/CSU haben Bundesfinanzminister Strauß und Bundesschatzminister Schmücker einige Bemerkungen gemacht, die deutlich zeigen, wie sehr sich die beiden Herren von der Regierungserklärung ihres Parteifreundes und Bundeskanzlers Kiesinger entfernt haben.

Schmücker erklärte in Dortmund:

- * "Die gewollte Rezession hat der deutschen Wirtschaft den Wert
- * der Rentabilität und der Rationalität eindringlich wieder klar
- * gemacht. Der Aufwand wurde beschnitten, das Arbeitskräftepolster
- * abgebaut, der Mißbrauch der Sozialversicherung ging zurück und
- * die Arbeitsproduktivität stieg."

Gemeinsam mit Schmücker wandte sich Strauß gegen eine Globale Besteuerung der Wirtschaft, "da sie ohnehin nicht funktioniert". Und von Herrn Strauß war zu hören, man habe in der Rezession, die laut Schmücker gewollt gewesen sei, "in der Stunde der Angst gelernt".

Alle jene, die in den düsteren Rezessionsmonaten der Jahre 1966/67 - also im Augenblick des von der CDU selbst erzwungenen Rücktritts von Bundeskanzler Prof. Dr. Erhard - Angst um ihren Arbeitsplatz und Angst um ihre Ersparnisse hatten, dürfen also zur Kenntnis nehmen, daß die damalige von der CDU/CSU geführte Bundesregierung die Rezession gewollt, das heißt bewußt herbeigeführt hat. Das ist umso bemerkenswerter, als es nach Bildung der Regierung der Großen Koalition ganz anders aus dem Walde schallte. In seiner Regierungserklärung am 13. Dezember 1966 sagte Bundeskanzler Kiesinger unter anderem:

- * "In den kommenden Jahren bietet die Finanzlage des Bundes ein noch
- * düsteres Bild. Im Jahresdurchschnitt drohen Deckungslücken, die
- * etwa so groß sind wie das gesamte Haushaltsvolumen eines der
- * finanzstärksten Länder der Bundesrepublik, trotz der vom Hohen
- * Hause inzwischen verabschiedeten drei Gesetze."

Und der Bundeskanzler fuhr fort:

- * "Wie kam es zu dieser Entwicklung? Es fehlt an der mittelfristigen
- * Vorausschau: Hätten wir schon rechtzeitig die schlichten Finanz-
- * prognosen, wie wir sie heute aufstellen, erarbeitet, so wäre die-
- * se Entwicklung vermieden worden."

An anderer Stelle sagte Kiesinger:

- * "Wachstumsförderung und Zusammenwirken mit allen verantwort-
- * lichen Kräften müssen in eine neue Politik der G l o b a l -
- * steuerung eingebaut werden. Diese Politik schützt vor der
- * Flucht in den Einzel dirigismus, sichert die marktwirtschaft-
- * lich-freiheitliche Ordnung und ist damit allen anderen
- * Systemen weit überlegen. Die Bundesregierung sieht in der
- * Verabschiedung eines umfassenden 'Gesetzes zur Förderung
- * der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft' eine
- * notwendige Voraussetzung für diese Politik."

Entscheidend für die Bewertung der Aussagen von Schmücker und Strauß auf dem Mittelstands-Kongreß der CDU/CSU in Dortmund ist jedoch der leider bei vielen Bürgern unseres Staates schon in Vergessenheit geratene Anfangssatz der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kiesinger:

- * "Der Bildung dieser Bundesregierung ist eine lange schwelende
- * Krise vorausgegangen, deren Ursachen sich auf J a h r e
- * zurückverfolgen lassen."

Die Herren Strauß und Schmücker sollten zur Kenntnis nehmen, daß dieser Satz Kiesingers auch ihnen als Personen gilt. Denn, wenn von einer langen schwelenden Krise die Rede ist, bleibt es nur recht und billig, daß diejenigen, die jahrelang v o r der Rezession das Staatsschiff steuerten, eben auch zu den Verantwortlichen für die Rezession gehören. Heute die Dinge so darzustellen, als habe man sogar die Rezession " g e w o l t ", ist ein doppeltes Eigentor: Einmal der Versuch, frühere Verantwortlichkeiten vergessen zu lassen, zum anderen die an Zynismus grenzende Behauptung, man habe das eigene Unvermögen durch eine Gewaltkur und durch die Erzeugung der Angst beim Bürger überwinden wollen. Billiger und tiefer geht es nicht mehr.

* * *

Klare Fronten

Die Situation im Vorfeld der Bundestagswahl

Von Harry Tallert, MdB

In diesem Bundestagswahlkampf, der trotz gelegentlich treuherziger Versicherungen längst begonnen hat, verfolgen die Unionsparteien drei strategische Ziele:

1) Das Vertrauen, das Bundeswirtschaftsminister Schiller durch seine erfolgreiche Wirtschaftspolitik in weiten Teilen der Bevölkerung erworben hat, soll zerstört und sein Image auf Null gebracht werden.

2) Den Arbeitnehmern und Gewerkschaften, die viele Opfer gebracht haben, um die Rezession zu überwinden, soll eingeredet werden, Schillers Wirtschaftspolitik habe zu einer Konjunkturüberhitzung geführt. Lohn- und Gehaltsforderungen förderten jetzt nur den inflationären Trend. Maßhalten sei also wiederum die Devise. Spekulationen der Unionsparteien: Die Arbeitnehmer sollen ihren Zorn gegen den Bundeswirtschaftsminister richten, dessen Konjunkturprogramm zu hohen Unternehmergewinnen geführt habe, während die Arbeitnehmer Einsicht und Bescheidenheit üben.

3) Die erfolgreiche Außen- und Deutschland-Politik von Willy Brandt soll diskreditiert werden. Prominente und weniger prominente Sprecher der Unionsparteien treten in Fragen des Atomwaffensperrvertrages und der Auslegung der schon mehrfach totgesagten Hallstein-Doktrin als harte Burschen auf, die das deutsche Volk vor den angeblichen Illusionen der SPD bewahren wollen. Strauss sprach jetzt in London von der Notwendigkeit einer europäischen Atommacht. Regierungssprecher Diehl interpretierte die Hallstein-Doktrin im Fall Kambodscha in einer Weise, die an den Ton der Regierungen Adenauer und Erhard erinnerte.

Alle drei hier skizzierten Punkte der Unionsstrategen zeigen, daß die CDU/CSU den Wahlkampf gegen die SPD demagogisch und aggressiv führen wollen. Das mit der SPD unter dem Zwang des Niedergangs der Regierung Erhard geschlossene Bündnis der Großen Koalition hält die Union nicht davon ab, die Sozialdemokraten zu verteufeln (wie Unentwegte zeitweise glaubten).

Im Gegenteil: In dem Maße, in dem es der SPD gelungen ist, durch überzeugende Erfolge in breiten Schichten der Bevölkerung neue Anhänger zu gewinnen, ist in der Union die Erkenntnis gewachsen, daß der sachliche Wettbewerb mit der SPD angesichts des Leistungsdefizits der Union in der Großen Koalition nicht ihre Stärke, sondern nur ihre Schwächen offenbaren kann.

Andererseits zeigte sich,

1) daß der Erfolg Schillers alle Erwartungen übertraf. Schiller, der erste sozialdemokratische Bundeswirtschaftsminister hat, mit seinem wirtschaftspolitischen Lehrstück bewiesen, daß es Sozialdemo-

kraten nicht nur genauso gut, sondern sogar besser machen können;

2) daß eine Außen- und Deutschland-Politik, die das Vertrauen unserer Verbündeten stärkt, Mißtrauen abbauen und neue Freunde schaffen kann, mit dem Namen Willy Brandt verbunden ist;

3) daß entgegen den Erwartungen der Unionsparteien nicht der national-konservative Schröder, sondern der Sozialdemokrat Heinemann zum Bundespräsidenten gewählt wurde;

4) daß es in gesamtdeutschen Fragen in den Unionsparteien niemand gibt, der mit der gleichen Autorität sprechen kann wie ein Herbert Wehner;

5) daß die Reformpläne des Bundesverkehrsministers Georg Leber, die sein CDU-Vorgänger für Utopien hielt, Schritt um Schritt verwirklicht werden.

Bei dieser Bilanz braucht sich niemand zu wundern, daß die Unionsparteien nichts unversucht lassen werden, um der SPD diese Erfolge wie es Wehner treffend ausgeführt hat, madig zu machen. Das gilt vor allem für die Wirtschaftspolitik. Die Bedeutungslosigkeit der CDU/CSU auf diesem Sektor, den die Union - ihren großen Zauberer Erhard präsentierend - stets als ihre Domäne ansah, trifft ihren empfindlichen Nerv.

Aus dieser Interessenlage ist die Haltung der CDU/CSU in der Auseinandersetzung um die Aufwertung der Deutschen Mark verständlich. Hier liegt das Motiv, gegen den Rat nahezu aller maßgeblichen Fachleute, gegen den Wirtschaftsminister zu entscheiden, um damit in einer Trotzhaltung zu demonstrieren, daß dieser sozialdemokratische Wirtschaftsminister vor den Wahlen nicht recht haben dürfe, weil er nicht recht haben darf.

Die SPD kämpft um die politische Führung in diesem Land. Sie hat die Bürde der Großen Koalition aus Verantwortungsbewußtsein getragen und überzeugende Erfolge erzielt. Sie wird ihre Teilnahme an dieser Richtung der Großen Koalition, aus der schon in dieser Phase des Wahlkampfes eine Richtung der großen Konfrontation geworden ist, nicht aus emotionalen Gründen aufkündigen.

Jetzt und in naher Zukunft kommt es darauf an, dem Bürger in diesem Staat zu zeigen, zu welchen noch größeren Leistungen die Sozialdemokratie fähig ist, wenn sie ungehindert an die Bewältigung jener Aufgaben herangehen kann, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten von den fast unumschränkt politisch und wirtschaftlich herrschenden Kräften nicht gemeistert werden konnten.

+ + +

Wenn die CDU/CSU wirklich wollte...

War Kiesingers Rede vor dem Städtetag ein Abgesang
für das Städtebaugesetz?

KHB. - Die stärkste Beachtung auf der 15. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Mannheim fand in der Rede des Bundeskanzlers Kiesinger nicht die Feststellung, daß er bereit sei, noch vor dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Polens KP-Chef Gomulka über eine für beide Seiten akzeptable Lösung der deutschen Ostgrenzen zu sprechen - so beachtlich sie auch ist, insbesondere, nachdem Parteifreunde des Kanzlers bei den vorangegangenen Pfingsttreffen der Vertriebenenverbände noch etwas gesagt haben, was anders klang. Nein, die in Diskussionsbeiträgen und Gesprächen der über tausend Delegierten aus deutschen Städten zum Ausdruck kommende Sorge ging auf Bemerkungen zurück, die Kiesinger zur Verabschiedung des Städtebauförderungsgesetzes fand. "Ich wünschte", so sagte der Kanzler wörtlich, "wir könnten es noch in dieser Legislaturperiode schaffen; aber ich will keine trügerischen Hoffnungen wecken. Wichtig ist vor allem, daß es ein gutes Gesetz wird".

Wenn wir diese Worte richtig deuten, waren sie ein Abgesang auf das Städtebau- und Gemeindeentwicklungsgesetz, wie das Gesetz amtlich heißt. Dieser Eindruck wird noch dadurch verstärkt, daß der Vertreter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Abgeordnete Dr. Pohle, in seiner nicht kurzen Ansprache das von den Gemeinden so heiß erstrebte Gesetz mit einem einzigen Satz bedachte. Aber dieser Satz war deutlich! Er besagte, man solle nicht versuchen, das Städtebauförderungsgesetz "unbedingt in den letzten Wochen der Legislaturperiode zu verabschieden", damit nicht das ganze Gesetz gefährdet werde. Was kann das anders heißen, als daß die CDU/CSU entgegen aller bisherigen Beteuerungen offenbar nicht mehr bereit ist, das Gesetz in den noch verbleibenden Wochen abschließend zu behandeln?

Würde dieser Eindruck zur Gewißheit, so bedeutete das ein schwerer Schlag für die Städte und Gemeinden. Denn sie brauchen dringend dieses Gesetz, vor allem, um die bauliche Struktur den veränderten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen unserer Bürger anzupassen. Dieses Gesetz wird von den Kommunen nicht

zuletzt auch deshalb so sehnlichst erwartet, weil sie sich von ihm einen ordnenden Einfluß auf die Grundstückspreise in Sanierungsgebieten versprechen. Das wurde besonders vom Frankfurter Oberbürgermeister Prof. Dr. Willi Brundert, dem auf weitere zwei Jahre wiedergewählten Präsidenten des Deutschen Städtetages, wie auch von Bundesbauminister Dr. Lauritzen in seinem Diskussionsbeitrag hervorgehoben. Oberbürgermeister Dr. Vogel legte den Finger auf die zu heilende Wunde: Die Spekulation mit dem immer knapper werdenden Baugrund nimmt zu. Schon heute sind wir so weit, daß der Kostenanteil des Grund und Bodens an einem Objekt die Baukosten erreicht oder sogar übersteigt!

Kein Zweifel: Sollte der Bundeskanzler mit seiner pessimistischen Prognose recht behalten und das Städtebau- und Gemeindeförderungsgesetz bis zum Schluß der Amtszeit dieses Bundestages nicht mehr verabschiedet werden, würde das die Städte und Gemeinden viel Geld kosten. Oder aber - da das erforderliche Geld oft nicht vorhanden ist: das fehlende gesetzliche Instrumentarium zu einem fortschrittlichen und vernünftigen Städtebau würde eine moderne Entwicklung aufhalten.

Nur so kann man verstehen, daß die in Mannheim versammelten Kommunalpolitiker, unter ihnen etwa 150 Oberbürgermeister, beinahe verzweifelt doch noch die Verabschiedung des Gesetzes forderten. Sie meinen mit Recht, einen - wie Präsident Prof. Brundert sagte - vielfach begründeten Anspruch darauf zu haben.

Noch besteht Hoffnung. Noch ist sie auch berechtigt. In den letzten Ausschußberatungen konnten wesentliche Streitpunkte, insbesondere in der Frage der Ausgleichs- und Entschädigungsregelung, beseitigt werden. In der bevorstehenden Sitzungswoche des Bundestages in Berlin werden der Rechtsausschuß und der federführende Kommunalpolitische Ausschuß das Gesetz weiterberaten. Noch könnte die Forderung des Deutschen Städtetages erfüllt werden. Die Zeit würde gerade noch reichen. Die SPD ist bereit, das Gesetz zu verabschieden. Es bedarf nur noch des Willens der Unionsparteien. Doch an diesem ehrlichen Willen bestehen seit Kiesingers Mannheimer Rede berechnete Zweifel.

+ + +

Der Bann endgültig gebrochen

Offiziere als SPD-Bundestagskandidaten

H.M. - Zum erstenmal in der Geschichte der SPD und der Bundeswehr kandidieren für die bevorstehenden Bundestagswahlen ein General und zwei andere aktive Offiziere für die sozialdemokratische Partei. Es sind - mit dem jüngsten beginnend - der Hauptmann Peter Würtz in Niedersachsen, der Major Alfons Pavelcik in Hamburg und der Brigadegeneral Dr. Fritz Baermann in Schleswig-Holstein. Diese drei Bürger in Uniform haben recht konkrete Vorstellungen von dem, was sie später im Bundestag als Bürger in Zivill für die Politik und für ihre Wähler tun wollen:

"Ich bin als junger Politiker vor allem daran interessiert, Vertreter meines Wahlkreises Hoya-Fallingb. in Bonn zu sein", meint Peter Würtz, der am 6. September dieses Jahres, also kurz vor der Wahl, dreißig Jahre alt wird.

Würtz will nicht nur "Fachmann" für militärische Belange sein, wengleich es ihn natürlich in den Verteidigungsausschuß des Bundestages zieht. Aber dort sucht er auch die Verbindung zur Außenpolitik, von der die Sicherheitspolitik ja nur ein Teil ist. Doch weiß der quikke kleine Berliner, der heute Chef einer Kraftfahrzeug-Staffel auf dem Fliegerhorst Munstorf ist, genau, daß die "alten Hasen" in Bonn nicht jeden Neuling gleich an die großen Weichen der Politik heranlassen. Würtz: "Deswegen will ich mich zunächst auch um etwas kümmern, was ich aus eigener Erfahrung genau kenne: um die sozialen Sorgen der Soldaten".

Als der Zweite Weltkrieg begann, war Peter Würtz noch nicht geboren. Als er zu Ende war, kam der kleine Berliner in die Schule. Nach dem Abschluß machte er eine Maschinenschlosserlehre durch, interessierte sich brennend für Politik und trat - wie mancher seines Jahrgangs - nach der für die SPD verlorenen Bundestagswahl von 1957 in diese Partei ein, weil er der Meinung war, "daß es so nicht weitergehen darf, daß es höchste Zeit ist für einen Wechsel".

Am 1. Oktober 1959 zog Würtz in die Bundesrepublik und wurde Soldat bei der Luftwaffe, wurde Leutnant, war AEC-Abwehrmann, Zugführer und einige Jahre Adjutant des Befehlshabers im Wehrbereich II in Hannover, Generalmajor Henning Wülcke. Aus diesen Jahren hat er viele Bekannte und Freunde im Land zwischen Harz und Heide. Bei einer Landtagswahl kandidierte Würtz übrigens gemeinsam mit seinem General - der eine für die SPD, der andere für die CDU. Damals schafften es beide noch nicht.

Diesmal ist Peter Würtz optimistisch. Außer dem Wahlkreis 28 Hoya-Fallingb. hat er den aussichtsreichen Platz Nr. 18 auf der niedersächsischen Landesliste seiner Partei. Und wenn ihm der Sprung nach Bonn gelingt - woran der Sportler Würtz nicht zweifelt - will er im Parlament "auch in Sport- und Jugendfragen aktiv werden". Frau und zwei Kinder drücken ihm die Daumen.

Sechs Jahre älter und zwei Köpfe größer als Würtz ist Major Alfons Pavelcik, der auf dem Listenplatz 9 seiner Partei in Hamburg alle Aussichten hat, in den nächsten Bundestag zu kommen. Der große Offizier

mit der sportlichen Erscheinung hat sich in den letzten Jahren als stets ausgewogener, sachkundiger und auf vielen Gebieten kenntnisreicher Gesprächspartner, Vorgesetzter und Lehrer guten Ruf und Achtung bei seinen Parteifreunden und seinen Kameraden erworben. "Was er anpackt, hat Hand und Fuß", sagen seine Freunde.

Pavelcik ist in Pommern im Kreis Köslin geboren worden, verbrachte seine Schulzeit in Plön und kam 1952 zur Bereitschaftspolizei nach Berlin - wo er auch seine Frau kennenlernte. Von der Polizei ging's 1956 zur Bundeswehr. Fähnrichsoffizier, Leiter von Unteroffizierslehrgängen, Körsaaloffizier auf der Heeresoffiziersschule in Hamburg, Kompaniechef beim dortigen Lehrbataillon, S 1 bei einer Brigade und Inspektionschef sind die Stationen seines bisherigen militärischen Werdegangs.

Wenn auch der Dienst bei der Bundeswehr eine "Ganztagsbeschäftigung" ist, fand Pavelcik doch noch Freizeit, um an der Hamburger Universität als Gasthörer politische Wissenschaften und Geschichte zu hören. Dazu kam die Arbeit in wehrpolitischen Arbeitskreisen der SPD, denen Pavelcik Impulse gab und viele Kameraden zuführte. Dazu kamen Vorträge, Aufsätze über Probleme der Personalpolitik und der Inneren Führung. Pavelcik kennt diese Fragen aus seiner jahrelangen Praxis zur Genüge.

Im Bundestag will Major Pavelcik versuchen, herauszuarbeiten, was allzu viele noch nicht recht begriffen haben: "Ich möchte einen Beitrag dazu leisten, die Ganzheitlichkeit der Sicherheitspolitik deutlich zu machen - Sicherheitspolitik als Teil der Außenpolitik muß auch die Armee flexiblen außenpolitischen Entspannungsbestrebungen unterordnen können". Doch eine Aufgabe scheint Pavelcik noch dringlicher zu sein: "Ich will die politische Bildung unserer Soldaten forcieren." Ein gutes Stück Arbeit also, das ihm noch weniger Zeit für seine Frau und seine drei Kinder lassen wird.

Ganz anders als bei Würtz und Pavelcik war der Werdegang von Brigadegeneral Dr. jur. Fritz Beermann: "1914 in Moskau als Sohn eines deutschen Kaufmanns und einer Engländerin geboren, komme ich, wie man so sagt, aus rechtsgerichteten Kreisen", meint er selbst. Und für ihn, der 1934 als Fahnenjunker in ein Königsberger Artillerieregiment eintrat, brachte denn auch erst der Zweite Weltkrieg die entscheidende Wende. Als Oberstleutnant erlebte er die Kapitulation. Erste Versuche, das Studium der Rechtswissenschaften wieder aufzunehmen, schlugen fehl. In nächstfolgenden Diskussionen versuchten Beermann und seine gleichaltrigen Kameraden, die Vergangenheit zu verstehen, zu bewältigen. Damals schrieb Beermann: "Es ist wohl die bitterste Erfahrung, die der deutsche Soldat machen muß, nämlich mit der vollen Hingabe seiner Person für den Sieg gekämpft zu haben, der von einem Hitler-Deutschland nicht errungen werden dürfte."

1947 trat der Oberstleutnant a.D. in die SPD ein: "Das bedeutete damals für mich einen Neubeginn nicht nur in meinem politischen Leben. Viele meiner bisherigen Freunde verstanden mich nicht. Heute hat sich das geändert."

Beermanns Nachkriegsjahre als Arbeiter und Student haben auch ihm eine andere Welt erleben lassen. Er lernte viele "Schicksale von Lohnabhängiger" kennen, wie er sagt. Seine Doktorarbeit legt davon Zeugnis ab: "Arbeitsschicksal und Gesetzesverletzung im Spiegel der Jugendkriminalität der Nachkriegsjahre".

Er kam auch zu der Ansicht, daß die Kluft zwischen der SPD und der Reichswehr, der bewaffneten Macht der Republik, dieser Weimarer Republik den Todesstoß versetzt habe. Deshalb folgte er 1954 gern der Aufforderung, militärischer Berater der SPD-Bundestagsfraktion zu werden. Jahre der engen Zusammenarbeit mit dem unvergessenen Fritz Erler folgten.

Es gab auch manche Mißverständnisse. Beispielsweise, als Beermann vor Marineoffizieren in Glücksburg bekannte, daß Männer wie die meuternden Matrosen von 1917 Köbis und Reichpietsch seinem Herzen näher stünden als Hitlers Großadmirale Raeder und Dönitz...

1959 wurde Beermann wieder Soldat. Nach einem Lehrgang in Fort Leavenworth in Kansas kam er als Referent für Planung und Führung in den Stab des deutschen militärischen Vertreters in Washington. Später wurde er Militärattaché in der indischen Hauptstadt Neu Delhi. "Diese Jahre vermittelten mir tiefe Einblicke in die Denkweise anderer Völker." Die Probleme des Hungers und der drohenden Bevölkerungsexplosion wurden Beermann sichtbar.

Seit April 1968 ist Beermann nach kurzer Tätigkeit als, - stellvertretender Kommandeur der 3. Panzerdivision als Brigadegeneral "Deutscher Bevollmächtigter Nord" in Mönchengladbach. In Schleswig-Holstein kandidiert dieser einzige General der Bundeswehr, der fließend russisch spricht, jetzt auf der Landesliste der SPD für den Deutschen Bundestag. Auch das hat es in der Geschichte der SPD wie unserer Bundeswehr bisher nicht gegeben...

Als Abgeordneter würde er sich im Verteidigungsausschuß dafür einsetzen, daß die Spitzengliederung der Bundeswehr verbessert, das Beförderungswesen durchsichtiger gemacht und der Mangel an Führungskräften beseitigt werden. "Ich würde auch versuchen, dazu beizutragen, unser Verhältnis mit dem Osten zu normalisieren, weil nur dadurch die Voraussetzungen für eine dauerhafte Friedensregelung in Europa gegeben ist. Hierbei werde ich die Realitäten nicht übersehen. Ich bin daher für eine funktionsfähige Bundeswehr in dem nach der Invasion der CSSR beschlossenen Rahmen, die nicht zum Spielball antiparlamentarischer Zersetzungskräfte wird".

Doch noch eins sagt der General: "Zugleich werde ich allerdings darauf drängen, daß Pläne ausgearbeitet werden, die es gegebenenfalls ermöglichen, die Bundeswehr schnell zu verkleinern und in eine Berufsarmee zu verwandeln, die in den großen Demokratien wie England und Kanada ein fester Bestandteil des freiheitlichen Staates ist."